8. Regelklassen endlich wirksam entlasten

Motion Anita Borer (SVP, Uster), Christoph Ziegler (GLP, Elgg), Angie Romero (FDP, Zürich) vom 29. Januar 2024

KR-Nr. 39/2024, RRB-Nr. 423/17. April 2024 (Stellungnahme)

Ratspräsident Jürg Sulser: Der Regierungsrat beantragt dem Kantonsrat die Motion nicht zu überweisen.

Anita Borer (SVP, Uster): Ich bitte Sie, heute ein wichtiges Anliegen zu unterstützen, das hoffentlich Schule macht – für unsere Kinder, für unsere Lehrerinnen und Lehrer und auch für unser gesamtes Schulsystem. Denn wir hören es von allen Seiten, die integrative Schule wirft einen grossen Schatten auf unsere Schule; nicht, weil schulische Integration grundsätzlich schlecht wäre, sondern weil sie nachweislich an ihre Grenzen stösst. Wir sagen es deshalb deutsch und deutlich: Die Integration um jeden Preis ist gescheitert. Damit die Qualität unserer Volksschule nicht weiter sinkt, braucht es dringend Korrekturmassnahmen am System. Wir brauchen wieder eine Volksschule, die unsere Schülerinnen und Schüler fundiert auf die Arbeitswelt und die Gesellschaft vorbereitet. Wir wollen wieder zu den Besten gehören.

Und da sind wir gleich beim springenden Punkt: Seit Jahren steigen die Ausgaben im Bildungsbereich und dennoch sinkt das Niveau, wie die PISA-Studie (*internationale Schulleistungsuntersuchung*) beweist. Das Ziel der integrativen Schule, allen Kindern gleiche Chancen zu bieten, wurde verfehlt. Das System ist in vielen Bereichen überfordert. Lehrkräfte, Schülerinnen und Schüler, sie alle – und dazu unsere Finanzen – leiden darunter. Ich höre es immer wieder von Lehrerinnen und Lehrern und habe es in meiner Lehrzeit selbst erlebt: Es gibt viele verhaltensauffällige Schülerinnen und Schüler, die den Unterricht so stark stören, dass das Leistungsniveau der ganzen Klasse negativ beeinflusst wird. Themen können nicht mehr in der erforderlichen Tiefe behandelt werden. Verhaltensauffällige und lernschwache Kinder benötigen oft mehr Aufmerksamkeit, was die übrigen Schülerinnen und Schüler benachteiligt, Studien belegen das.

Schauen wir auf die Faktenlage: In einer Umfrage unter 664 Lehrpersonen aus den Kantonen Basel-Landschaft und Basel-Stadt gaben fast 90 Prozent an, dass das aktuelle Konzept des integrativen Unterrichts überdacht und korrigiert werden sollte. Rund 85 Prozent sprachen sich für die Wiedereinführung von Kleinklassen für Kinder aus, die dem Unterricht nicht folgen können. Ein Drittel der Befragten befürwortete zudem Spezialklassen für häufig störende Kinder. Im gleichen Zug schlug der Kanton Aargau Alarm, weil das inklusive System auch bei unserem Nachbarkanton an seine Grenzen stösst. Eine Studie der Schweizerischen Koordinationsstelle für Bildungsforschung zeigte auf, dass im Kanton Zürich über 35 Prozent der Schülerinnen und Schüler besondere Massnahmen haben. Dass es deutlich zu viel ist und daraus ein negativer Effekt entsteht, liegt auf der Hand. Eine weitere Studie der Universitäten St. Gallen und Zürich deckte auf, dass ein

hoher Anteil von Kindern mit besonderen Bedürfnissen in Regelklassen negative Effekte auf die schulische Leistung ihrer Klassenkameradinnen und Klassenkameraden haben kann. Das ist im Kanton Zürich wegen des hohen Anteils an solchen Schülern definitiv der Fall. Dass auch die hohe Zuwanderung in unsere Schweiz, in unseren Kanton erhebliche Auswirkungen auf unsere Schule hat und eine zusätzliche Herausforderung darstellt, muss ich wohl nicht erwähnen.

Kommen wir zur Lösung: Mit vorliegender Motion möchten wir Kleinklassen wieder salonfähig machen. Folgendes verlangt die Motion, erstens: Wenn es für das Kind oder den Unterrichtsbetrieb in der Regelklasse angezeigt ist, soll eine Beschulung in der Kleinklasse möglich gemacht werden. Zweitens: Die Klassenlehrerin, der Klassenlehrer soll von der Fallführung des betroffenen Kindes befreit werden. Drittens: Dabei halten wir die Autonomie der Gemeinden und deren Flexibilität hoch. Sie sollen über die Abläufe und Kriterien, die zu einer Einteilung in eine Kleinklasse und zur Rückführung in eine Regelklasse führen, selber entscheiden. Sie sollen ebenso entscheiden, wie sie die ihnen für sonderpädagogische Massnahmen zugeteilten Ressourcen einsetzen wollen.

Mit dieser Lösung profitieren alle. Erstens: Kinder profitieren, und das wollen wir ja alle. Kinder mit Lern- und Verhaltensauffälligkeiten erhalten die Betreuung, die sie benötigen, um Fortschritte zu machen. Gleichzeitig wird verhindert, dass sie in der grossen Gruppe untergehen oder stigmatisiert werden. Vor allem auch Schülerinnen und Schüler in der Regelklasse profitieren, da der Unterricht strukturierter und störungsfreier ablaufen kann.

Zweitens: Lehrerinnen und Lehrer profitieren. Die Umfragen und zahlreiche Gespräche mit Lehrern geben ein klares Bild ab: Viele haben enorme Mühe mit dem aktuellen Schulsystem. Stabilisieren wir dieses System, helfen wir auch den Lehrerinnen und Lehrern.

Drittens: Wir sparen Kosten und Energie. Die intensive Einzelbetreuung durch Heilpädagoginnen und Heilpädagogen in den Regelklassen, die zusätzlichen Klassenassistenzen sowie das Modell der sogenannten Schulinseln binden enorme Ressourcen. Langfristig können Kleinklassen Kosten sparen. Kinder, die in den Kleinklassen gezielt unterstützt werden, werden weniger oft in teure Sonderschulen oder noch teurere Einzelsettings eingeteilt. Leider passiert das heute viel zu oft, ganz einfach darum, weil Schulen am Limit sind, Regelklassen am Limit sind und nicht mehr integrieren können.

Kommen wir zum Fazit: Ein Drittel der Kinder im Kanton Zürich hat irgendwelche besonderen Bedürfnisse. Ich werde den Verdacht nicht los, dass das integrative Modell, ein Modell, das eigentlich das Gegenteil will, einen Teil unserer Kinder genau zu dem gemacht hat, nämlich zu Sonderlingen. Die Wiedereinführung von Kleinklassen, das Salonfähigmachen von Kleinklassen bietet eine pragmatische Lösung, um allen Kindern die bestmögliche Schulbildung zu ermöglichen. Besonders förderbedürftige Schülerinnen und Schüler werden in einem kleineren, überschaubaren Umfeld unterrichtet. Dadurch wären die Lehrerinnen und Lehrer entlastet und der Unterricht in den Regelklassen ruhiger und strukturierter und vor allem auch weniger störungsanfällig. Machen wir diesen Schritt endlich. Er ist

nötig für eine Schule, die allen Schülerinnen und Schülern gerecht wird. Überweisen Sie diese Motion. Besten Dank.

Carmen Marty Fässler (SP, Adliswil): Und wieder ein Vorstoss in Richtung Separation statt Inklusion, tja, wo soll man da nur anfangen mit Argumenten, die gegen diese Motion sprechen? Eine einfache Lösung braucht es. Es sollen wieder viele Kleinklassen geschaffen werden – Problem behoben –, in denen dann die Kinder separativ unterrichtet werden sollen. Kosten sollen gespart werden, selbstverständlich als weiterer Punkt unter vielen aufgeführt. Die Frage ist ein bisschen die nach dem Hauptgrund, der da angestrebt wird. Selbstverständlich wollen nämlich wir, als SP, eine qualitativ gute Bildung in der Schweiz anbieten können. Deshalb stützen wir die Schulen des Kantons Zürich. Aber mit diesem Vorstoss ist es nichts Neues. Bereits heute nämlich können Gemeinden Kleinklassen führen. Ich betone es nochmals: Sie können bereits heute Kleinklassen führen. Nur, sie machen es ganz selten. Wir wollen aber auf keinen Fall, dass jetzt Gemeinden dazu verpflichtet werden, Kleinklassen zu führen.

Es gibt verschiedene Mittel, wie beispielsweise das kurzzeitige Besuchen eines erweiterten Lernraums an einer Schule, es gibt die Möglichkeit, genügend Fachpersonen in einer Klasse zu haben, es gibt Halbklassenunterrichtsstunden, ganz verschiedene Lösungsansätze, welche Regelklassen wirklich wirksam entlasten. Das Einführen von Kleinklassen gehört aber ganz bestimmt nicht dazu. Wir stellen das Kind in das Zentrum unserer Überlegungen. Studien, und zwar andere Studien, als vorhin erwähnt wurden, belegen nämlich die Vorteile für Schülerinnen und Schüler, die Lernschwächen haben, wenn sie integrativ beschult werden. Diese finden sich auch in der regierungsrätlichen Antwort aufgeführt.

Natürlich lehnen wir diese Motion und auch die weiteren hängigen Vorstösse – wieder zurück zur Separation mit Förderklassen, mit Kleinklassen, mit separativen Modellen der Schulen – dezidiert ab. Wir können diese Ansätze von wegen einer wirksamen Entlastung auf keinen Fall unterstützen. Unterstützen doch bitte Sie alle unsere Vorstösse, welche wirklich zu einer wirksamen Entlastung führen, und kehren nicht zu einem veralteten Schulmodell zurück, dann profitieren alle. Es scheint gerade so, als wollten einige hier drin alle Errungenschaften, welche unsere Schulen auch in den letzten Jahren erreicht haben, rückgängig machen. Diese vielen Versuche mit negativen Aussagen über das heutige Schulsystem – man redet von «Scheitern», «überfordert», «Grenzen» –schwächen dieses nur und lassen wenig positive Aspekte der gut funktionierenden Schulen übrig. Zudem verstärken sie nochmals den Fachkräftemangel.

Also setzen wir doch ganz anders an: Für uns als SP ist klar, dass es für eine fortschrittliche Gesellschaft ohne integrative Schulung gar keine Alternative gibt. Neben all den Übereinkommen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen des Bundesgesetzes über die Beseitigung von Benachteiligungen von Menschen mit Behinderungen, dem Sonderpädagogik-Konkordat und dem Volksschulgesetz sind wir auch als Gesellschaft dazu aufgefordert, allen Menschen eine möglichst gleiche Chance in der Bildung zu bieten. Wenn die Schule diese Aufgabe nicht übernimmt, wer dann?

Angie Romero (FDP, Zürich): Heute werden Sie viele Bildungsexperten hören, die sich zu diesem Thema äussern. Das bin ich nicht. Ich spreche zu Ihnen als Mutter von schulpflichtigen Kindern und somit letztendlich als Kundin. Und als solche sehe ich die schulische Integration in der heutigen Form als gescheitert. Wieso? Dazu ein Beispiel, wie es viele Eltern kennen dürften: In der Klasse eines meiner Söhne störte ein verhaltensauffälliges Kind regelmässig den Unterricht. Jeden Elternabend – und das während Jahren – beklagten die Lehrerinnen die Unruhe im Klassenzimmer. Dagegen unternommen wurde aber nichts Nachhaltiges. Es ging sogar so weit, dass die Lehrerinnen uns Eltern mitteilten, der Unterrichtsstoff könne wohl nicht, wie vorgesehen, durchgebracht werden. Auch für das störende Kind war das Verbleiben in der Regelklasse keine Freude. Immer wieder musste es zur Beruhigung kurzzeitig in eine fremde Klasse oder in den Hort, wo es zwar betreut, aber eben nicht unterrichtet wurde. Am Ende des Tages waren alle unzufrieden, Eltern, Schüler und Lehrpersonen. Eine Kleinklasse hätte zur nötigen Entspannung geführt.

Die FDP wird diese Motion überweisen.

Christoph Ziegler (GLP, Elgg): Seit etwa 15 Jahren sollen möglichst alle Kinder die obligatorische Schule besuchen und nicht in Kleinklassen oder Sonderschulen unterrichtet werden. Was anfänglich auf viel Wohlwollen stiess, wird nun immer häufiger hinterfragt und kritisiert. Ich bin nicht grundsätzlich gegen die integrative Schule, doch wir haben den Bogen überspannt. Die Schulen können weder für alle Kinder ein individuelles Programm aufstellen, noch haben wir die Ressourcen für eine dauernde Einzelbetreuung im Klassenverband. Nicht alle Kinder können in die Regelklasse integriert werden und es ist auch nicht für alle sinnvoll, wir haben nicht für alle Kinder gute Lösungen. Ein Mädchen, das seine Kindergärtnerin aus heiterhellem Himmel und ohne Vorwarnung mehrmals beisst – schwierig, es unter diesen Umständen in eine Regelklasse zu integrieren. Oder ein Jugendlicher, der die Klasse terrorisiert, jegliche Zusammenarbeit verweigert und den Unterricht massiv stört, der wäre unter Umständen vielleicht in einer Kleinklasse besser aufgehoben. Ich stelle fest, dass sich die anfängliche Begeisterung der Lehrpersonen für die schulische Integration gewandelt hat. Widerstand formiert sich. Auch Eltern von gut integrierten und sozialisierten Kindern wehren sich. Oftmals kommen lernwillige, ruhige und anständige Schüler und Schülerinnen zu kurz und werden in ihrer Entwicklung gebremst.

Auch die Bildungsdirektion hat erkannt, dass das System integrative Schule am Anschlag ist. Deshalb hat sie den sogenannten erweiterten Lernraum entwickelt. Dieser mag sicher kurzfristig deeskalierend wirken, wenn eine Situation aus dem Ruder gelaufen ist. Ein Grundübel bleibt aber bestehen: Wenn ich ein Kind für eine Woche aus dem Klassenverband entferne und es nachher wieder integriere, bringt das Unruhe in die Klasse, ohne Garantie, dass die Ursache des störenden Verhaltens behoben ist. Und beim erweiterten Lernraum bleibt die Fallführung der Schülerinnen und Schüler immer beim Klassenlehrer und bringt so keine Entlastung.

Bei den hier diskutierten Kleinklassen oder Förderklassen geht es vor allem um sogenannte verhaltensauffällige Kinder. Gerade sie brauchen eine dauerhafte Bezugsperson. Für den Umgang mit sogenannt schwierigen Kindern ist Vertrauen wichtig. Es geht fast nur über Beziehung, und die ist in einer Kleinklasse, wo eine Lehrperson eine kleine Gruppe von Kindern unterrichtet, viel einfacher aufzubauen. Es bringt doch nichts, ein überlastetes System immer mehr aufzublähen, noch mehr Therapeutinnen in die Klasse zu schicken oder ein Kind für eine Zeit aus dem Klassenverband zu nehmen und dann wieder zu integrieren. Wir wollen keine On-off-Beziehungen, sondern stabile, tragfähige Beziehungen.

Diese Motion geht von den Kindern aus. Für alle Kinder soll die Möglichkeit bestehen, dass sie bei Bedarf in Kleinklassen beschult werden. Man kann schon sagen, dass die Gemeinden Kleinklassen führen können, wenn sie wollen, aber die Einführung einer Kleinklasse ist leider an die Vollzeiteinheiten gebunden. Dies stellt deshalb eine grosse Hürde dar, gerade für kleinere Gemeinden und ist oft auch eben für diese Gemeinden mit einschneidenden Konsequenzen auf anderen Ebenen und grossen Unsicherheiten verbunden. Deshalb wohl sehen viele Gemeinden von dieser Möglichkeit ab.

Die Umsetzung dieser Motion, das bin ich mir bewusst, ist nicht ganz einfach. Deshalb ist die gewählte Form, eben eine Motion, passend. Es ist auch passend, sie parallel zur sogenannten Förderklasseninitiative laufen zu lassen. Nach einer Überweisung können Umsetzungsdetails in der Kommission besprochen werden. Verschiedenen Vorbehalten kann Rechnung getragen werden. Es bringt nichts, jetzt schon das Haar in der Suppe zu suchen.

Wir von der GLP wollen das System der totalen Integration hinterfragen, bevor es zusammenkracht. Eine Beschulung in einer Kleinklasse soll für Kinder im ganzen Kanton möglich sein. Die Gemeinden sollen flexibel über die Mittelverteilung für sonderpädagogische Massnahmen entscheiden können. Wir unterstützen die Motion und wollen die Regelklassen wirksam entlasten.

Livia Knüsel (Grüne, Schlieren): Jede Gemeinde darf bereits heute nach Bedarf Kleinklassen führen. Einig gehen wir mit der Motion, dass gewisse Gemeinden hier durchaus mehr Ressourcen benötigen würden. Nicht einig gehen wir Grüne damit, dass Kleinklassen wieder als Grundangebot eingeführt werden sollen; so steht es in der Motion. So wie also in der Motion formuliert, spielt es eigentlich keine Rolle, ob wir von Klein- oder Förderklassen sprechen. Sobald diese Art von Extraklasse als obligatorisch erklärt wird, müssen einerseits genügend Schüler und Schülerinnen mit besonders hohem Förderbedarf dafür rekrutiert werden. Andererseits würden die Regelklassen, wo dann gewissermassen der kognitiv sowie verhaltenstechnisch unauffällige Rest von Kindern sässe, von ihrer Klassengrösse her drastisch geschmälert.

Wir Grüne gehen mit der Antwort des Regierungsrates einig, jede Gemeinde soll flexibel darüber befinden können, ob ihre Schule eine Kleinklasse braucht oder nicht. Denn die Ressourcen müssen dort eingesetzt werden, wo man sie am meisten benötigt. Wäre eine Gemeinde dazu verpflichtet, würden personelle Mittel ge-

bunden werden. Damit würden Qualitätseinbussen einhergehen. Wir müssen befürchten, dass zu kleine Regelklassen in der Folge zu riesigen Klassen zusammengelegt würden. Ausserdem würden Heilpädagoginnen und -pädagogen an den Regelklassen fehlen. Kleinklassen im Grundangebot würden also weitaus mehr finanzielle Mittel benötigen, als sie zurzeit vorhanden sind. Und wir Grüne gehen davon aus, dass die Initiantinnen dieser Motion gerade diesen Aspekt nicht heraufbeschwören wollen. Viele Schulen haben bereits jetzt schon gute Entlastungsmöglichkeiten geschaffen, zum Beispiel in Form von schulischen Lerninseln. Es ist dieser Ansatz, der weiterverfolgt und ausgebaut werden sollte. Wir erinnern hier an den Vorschlag der Bildungsdirektion, die mit ihrer Vorlage zum erweiterten Lernraum dieses Prinzip unterstützt. Wir Grüne lehnen die Überweisung dieser Motion ab.

Kathrin Wydler (Die Mitte, Wallisellen): Wir werden diese Motion nicht unterstützen, obwohl wir durchaus auch der Meinung sind, dass eine Kleinklasse je nach Situation in der jeweiligen Schule eine Lösung oder eine Entlastung für die Schule sein kann. Die Zunahme von Kindern mit Förderbedarf und Verhaltensauffälligkeiten ist eine grosse Belastung für die Schulen und führt dazu, dass die Integration überdacht werden muss.

Aber mit dieser Motion sollen, wie auch bei der ziemlich gleichlautenden Förderklasseninitiative, bei gleichbleibenden Ressourcen Kleinklassen gebildet werden. Gerade wegen dieser Ressourcenthematik bilden heute sehr wenige Gemeinden Kleinklassen, obwohl dies schon heute erlaubt wäre. Denn durch die Bildung einer Kleinklasse werden die Regelklassen grösser. Zudem wird mit dieser Motion den Gemeinden vorgeschrieben, dass sie Kleinklassen führen müssen. Gemeinden brauchen weiterhin Spielraum für individuelle Lösungen. Diese Freiheit möchten wir den Gemeinden nicht nehmen. Es ist aber davon auszugehen, dass mehr Gemeinden Kleinklassen bilden würden, wenn die Bedingungen anders werden. Bei dem Vorschlag der Regierung für den erweiterten Lehrraum ist vorgesehen, dass die Gemeinden dafür Ressourcen erhielten. Dasselbe sollte auch für Kleinklassen gelten, denn wenn wir Kleinklassen wollen, dann müssen wir auch bereit sein, die Kosten zu tragen. Sollte die Motion heute überwiesen werden – und das wird sie wahrscheinlich –, werden wir uns weiterhin für eine ausgewogene Lösung einsetzen, bei welcher die Gemeinden Ressourcen für die Bildung von Kleinklassen erhalten und auch weiterhin eine Entscheidungsfreiheit haben.

Markus Schaaf (EVP, Zell): Ja, die Zeit ist reif, um eine Debatte über Chancen und Grenzen der integrativen Förderung zu führen. Deshalb wäre ja der Regierungsrat auch bereit gewesen, die Motion als Postulat entgegenzunehmen. Mit dem sturen Festhalten an der Motion ist dieser Vorstoss aber nicht praktikabel. Was Sie hier machen, ist Politik mit der Brechstange: Der sture Zwang zu flächendeckenden Kleinklassen würde zu massiv grösseren Regelklassen und zu einer Benachteiligung der Kinder ohne oder mit leichten besonderen Bedürfnissen führen. Eine anzustrebende Lösung müsste in die Richtung gehen, wie wir es schon gehört haben, dass die Gemeinden situativ den Bedürfnissen der einzelnen

Klassen, Kleinklassen, Schulinseln oder Förderzentren Rechnung tragen können, so wie es einige Gemeinden heute auch schon tun. Die EVP lehnt diesen Vorstoss als Motion ab.

Nicole Wyss (AL, Zürich): Der Titel dieser Motion hört sich fantastisch an: «Regelklassen endlich wirksam entlasten.» Will die Motion, dass pro Klasse zwei Lehrpersonen unterrichten? Oder die Klassengrössen verringern? Wird ein neuer Berufsauftrag verbessert, die Pauschale für Lehrpersonen erhöht oder gar der Lektionenfaktor? Dies alles wären wirksame Entlastungen. Aber nein, darum geht es nicht. Die Motion möchte den Weg ebnen, um sogenannte Störenfriede möglichst schnell und einfach in Kleinklassen abschieben zu können. Die Integration sei gescheitert und darum brauche es die Umsetzung der Förderklasseninitiative oder eben diese Motion.

Schauen wir uns das Ganze einmal etwas genauer an: Es sei zu gewährleisten, dass jedes Kind die Möglichkeit hat, in einer Kleinklasse beschult zu werden. Als könnten sich die Kinder ihre Beschulung aussuchen. Schule ist Pflicht und kein Freizeitangebot, das sich das Kind nach Belieben zusammenstellen kann. Die Kinder haben nicht die Möglichkeit, sich die Beschulung auszusuchen, die Gemeinden stellen die Beschulung sicher. Was dies für die Klassenlehrpersonen, die Gestaltungsspielräume und den Abzug der Förderlehrpersonen aus der Regelklasse bedeuten würde, hat die Bildungsdirektion in ihrer Antwort ausgeführt. Der Alternativen Liste stellt sich auch die Frage bezüglich der Infrastruktur. Zeigen Sie mir bitte eine Schule, die genügend Räume hat, um für jedes Kind eine Kleinklasse zu gewährleisten. Vom Mangel an ausgebildeten Heilpädagoginnen und -pädagogen, die diese Klassen beschulen sollen, ganz zu schweigen. Sie, die Motionärinnen und Motionäre, schreiben doch sonst die Gemeindeautonomie so gross. Warum glauben Sie bei diesem Thema nicht daran, dass die Gemeinden die gesetzlich bereits vorhandenen Möglichkeiten für Entlastungsangebote für ihre Schulen gut und richtig umsetzen? Ob Kleinklassen, Schulinseln oder Förderzentren oder eben die Möglichkeit des geplanten erweiterten Lernraumes, es fehlt nicht an möglichen Umsetzungen. Die Gemeinden scheinen Ihnen zu wenig von der Möglichkeit «Kleinklasse» Gebrauch zu machen. Ihre Sehnsucht nach Zwang zur Führung von Kleinklassen wird die Gemeinden auch nicht davon überzeugen, dass dies die richtige Lösung ist. Für die Gemeinden sind Kleinklassen schlicht nicht der Weg, um mit verhaltensauffälligen Schülerinnen und Schülern umzugehen. Denn diese lösen tagtäglich tatsächlich die Probleme, von denen Sie ständig behaupten, sie seien unlösbar, fast immer ohne Kleinklassen.

Lesen wir den Auftrag der Motion weiter, kommt die Gemeindeautonomie doch noch zum Zuge. Die Gemeinde soll nämlich über die Abläufe und Kriterien, die zu einer Einteilung in eine Kleinklasse führen, entscheiden. Das heisst also, jede Gemeinde kann einen eigenen Kriterienkatalog erstellen. Im Extremfall würden dann in einer Gemeinde ISR-Kinder (*Integrierte Sonderschulung in der Verantwortung der Regelschule*) wieder separiert beschult – oh nein, das geht ja gar nicht –, in der Nachbargemeinde Verhaltensauffällige ohne Status. In der nächsten Ge-

meinde würden die Kleinklassen für Kinder mit besonderen Begabungen angeboten. Und wieder in einer anderen Gemeinde kommen einfach alle, die den Regelunterricht stören, in eine Kleinklasse: der Begabte, die Störenfriedin, das Kind mit Beeinträchtigung. Das macht für die Alternative Liste keinen Sinn. Hinzu kommt, dass der Abzug der Förderlehrpersonen aus den Regelklassen keine Entlastung der Regelklasse zur Folge hat, im Gegenteil.

Für die Alternative Liste ist klar, dass die Politik gefordert ist, Integration möglich zu machen und weiterzuentwickeln. Kinder, die nicht der Norm oder Ihren Vorstellungen entsprechen, einfach in Kleinklassen zu parkieren und ihnen so einen Stempel auf die Stirn zu drücken, ist ungerecht, rückwärtsgewandt und ineffektiv. Die Schule hat mündige und selbstständige Erwachsene zum Ziel. Es ist erwiesen, dass integrierte Schülerinnen und Schüler als Erwachsene besser an der Gesellschaft teilhaben können. Die Bildungsdirektion hat in ihrer Antwort ausgeführt, dass durch die Integration weder den einzelnen Schülerinnen und Schülern noch unserer Gesellschaft Nachteile entstehen, im Gegenteil: Von der Integration profitieren wir als Gesellschaft alle, auch ökonomisch, wenn Erwachsene selbstständig ihr Leben führen können und auf weniger Hilfe angewiesen sind. Eine zusätzliche Ebene der Separation ist deshalb abzulehnen. Wir alle haben die Möglichkeit, Regelklassen wirksam zu entlasten, zum Beispiel durch die Verbesserung des neuen Berufsauftrags, der zurzeit in der KBIK (*Kommission für Bildung und Kultur*) beraten wird. Lassen Sie uns dies gemeinsam tun, wenn das Geschäft hier in den Rat kommt. Die AL lehnt diese Motion ab. Danke.

Anita Borer (SVP, Uster) spricht zum zweiten Mal: Ich möchte noch kurz auf ein paar Voten eingehen:

Ich habe es geahnt, dass von linker Seite das Thema der angeblich asozialen Separation aufgebracht wird. Was Sie propagieren ist eine Integration um jeden Preis, die einfach nicht funktioniert. Wenn Integration bedeutet, dass plötzlich eine Mehrheit der Schülerinnen und Schüler leidet, wenn Integration bedeutet, dass die betroffenen Kinder letztlich ausgegrenzt werden, weil sie ganz einfach das Schulsystem massiv stören, dann erweisen Sie der Integration einen Bärendienst. Kleinklassen bieten einen geschützten Raum, in dem Kinder gezielt gefördert werden können, bevor sie in die Regelklassen zurückkehren.

Frau Knüsel, Sie haben von der Pflicht gesprochen, die aufgebürdet würde. Pflicht ist eine Kleinklasse natürlich nur, wenn ein Bedarf besteht. Also wir verpflichten selbstverständlich eine Schule nicht, eine Kleinklasse zu gründen, wenn keine Schülerin, kein Schüler dorthin geschickt werden kann. Die Gemeindeautonomie – und das haben wir mehrfach gehört – wird eben sehr hochgehalten.

Markus Schaaf, eine Motion würde ich nicht als «Brechstange» bezeichnen. Und Livia Knüsel, ich habe ein sehr hohes Vertrauen in die Gemeinden, dass sie das regeln werden. Und Sie können diese Inputs ja dann gerne bei der Umsetzung der Motion einbringen. Unterstützen Sie diese bitte, besten Dank.

Christa Stünzi (GLP, Horgen): Wenn ich der Debatte nun zuhöre, stelle ich fest, dass man hier ablehnt, weil Schulzimmer fehlen, weil Lehrpersonen fehlen, weil

man zu wenig Heilpädagoginnen hat und weil ja theoretisch das alles schon möglich ist und wir hier offensichtlich ja Lösungen hätten, aber dann die Lösungen nicht wirklich wollen. Ja, warum wollen denn die Gemeinden diese Lösungen, die sie ja offensichtlich hätten, heute nicht? Wir haben ein System, wo es die Regelklasse gibt und wo es die Sonderschulen gibt. Das System dazwischen, die Kleinklassen, Förderklassen, die gibt es theoretisch auf dem Papier, sie haben aber massive Auswirkungen auf die Regelklassen. Deshalb wählen die Schulen heute diese Lösung nicht, auch wenn in vielen Schulhäusern eine Förderklasse gewünscht wäre. Es bräuchte also den Willen dieses Parlaments, dass man hier eben aufzeigt, dass wir diese Lösungen wollen, dass man das System anpasst, dass die Zwischenlösung zwischen Regelklasse und separiert in einer Sonderschule tatsächlich gewünscht ist. Um das geht es hier heute und deshalb stimmen wir zu.

Regierungsrätin Silvia Steiner: Ich erlaube mir drei Vorbemerkungen: Ihre Debatte hat die Grundproblematik im Bildungswesen und vor allem bei bildungspolitischen Themen offenbart. Das Hauptproblem liegt darin, dass bei einer Beurteilung der Bildungssituation, bei einer Beurteilung eines Bildungsproblems häufig anekdotische Erfahrungen oder persönliche Erlebnisse für die Beurteilung ausschlaggebend sind. Das führt uns natürlich nicht zu einem Ziel, das generell-abstrakte Lösungen zuliesse, was aber eigentlich Ihre Aufgabe in diesem Rat ist. Wichtig ist, dass wir das ganze System im Blick haben, und deshalb möchte ich mir auch erlauben, hier die Bemerkung zu machen, dass die letzte PISA-Erhebung für die Schweizer Kinder durchaus positiv verlaufen ist. Man hat da die 15-Jährigen getestet, und die 15-Jährigen haben in allen Bereichen und vor allem in der Mathematik deutlich über dem OECD-Durchschnitt (*Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung*) abgeschnitten, und in der Mathematik sind wir europaweit sogar auf dem zweiten Platz nach Estland. Also man kann jetzt nicht aus der PISA-Studie schliessen, dass die Kleinklassenproblematik ungelöst sei. Wichtig ist, dass wir eben den Blick auf das gesamte Bildungssystem wahren und nicht nur testen, wie die 15-Jährigen unterwegs sind. Das gemeinsame Ziel von Bund und Kantonen ist, dass 95 Prozent der 25-Jährigen einen Abschluss auf Sek-Stufe II haben sollen, und diesem Ziel sind wir sehr nah. In Zürich liegen wir bei 92 Prozent, also das ist wirklich ein guter Wert, den man im Gesamtheitlichen auch als positiv und Erfolg werten muss. Also bitte richten Sie den Blick nicht nur auf die Volksschule, sondern richten Sie Ihren Blick auf das gesamte Bildungswesen.

Die vorliegende Motion geht in die gleiche Richtung wie die Volksinitiative zu den Förderklassen, die momentan in der KBIK (*Kommission für Bildung und Kultur*) behandelt wird. Es wäre also auch ohne diese Motion sichergestellt, dass wir uns mit den Anliegen der Motionäre befassen. Und um es hier nochmals – ich bin nicht die Erste – deutsch und deutlich zu sagen: Kleinklassen wurden im Kanton Zürich nie abgeschafft. Die Gemeinden können bereits heute entscheiden, ob sie im Rahmen der ihnen zugeteilten Vollzeitseinheiten Kleinklassen führen möchten. Die Gemeinden können dabei selber festlegen, wie sie ihre Ressourcen im Rah-

men der gesetzlichen Vorgaben einsetzen wollen. Die Motion will den Gemeinden diesen Handlungsspielraum nun wegnehmen. Ich habe heute noch keinen Gemeindevertreter gehört, der sich dagegen wehrt. Denn die Gemeinden müssen, wenn man der Motion folgen will, Kleinklassen führen und werden dazu verpflichtet; und zwar auch dann, wenn die Gemeinden dies aufgrund der Verhältnisse vor Ort gar nicht sinnvoll finden, weil sie finden, «wir lösen das Problem anders». Ich würde es bevorzugen, wenn der Kanton den Gemeinden und Schulpflegern den heutigen Gestaltungsspielraum belassen würde.

Die Absicht der Motion kann ich aber nachvollziehen. Es kann für Klassenlehrpersonen in Regelklassen mit Schülerinnen und Schülern, die beispielsweise verhaltensauffällig sind, sehr anspruchsvoll sein. In solchen Situationen kann eine rasch verfügbare, vorübergehende Separation sinnvoll sein und entlastend wirken. Und eine Überweisung in eine Kleinklasse ist nie rasch und vorübergehend, sondern belastet die Lehrperson ziemlich intensiv, bis dann dieses Kind endlich in einer Kleinklasse ist. Deshalb hat der Regierungsrat eine Vorlage zur Einführung von erweiterten Lernräumen, wie Schulinseln oder Förderzentren, vorgelegt. Solche Schulinseln haben verschiedene Schulen in den letzten Jahren entwickelt und sie haben sich bewährt. Eine rasche und niederschwellige Entlastung der Regelklasse kann damit besser erreicht werden als mit Kleinklassen.

Daneben entsprechen solche erweiterten Lernräume auch dem übergeordneten Recht, dass ausdrücklich eine integrative Ausrichtung der Volksschule verlangt. Es muss unser Ziel sein, Schülerinnen und Schüler möglichst lange und gut in den Regelklassen zu unterrichten. Lernräume als temporäre Auszeit-Strukturen helfen dabei, wenn sie die Regelklassen stützen. Bei Kleinklassen besteht die grosse Gefahr, dass sie eine Einbahnstrasse sind. Die Erfahrungen aus der Vergangenheit haben gezeigt, dass eine Reintegration aus einer Kleinklasse in eine Regelklasse sehr anspruchsvoll ist und häufig nicht gelingt. Eine Separation, die ihren Anfang in der Volksschule nimmt, setzt sich in der Regel im weiteren Bildungsverlauf und im Berufsleben fort. Das kann nicht unser Ziel sein.

Deshalb beantragt Ihnen der Regierungsrat, die Motion nicht zu überweisen. Auch bei einer Nichtüberweisung werden wir aber intensiv am Thema dranbleiben, um gute Lösungen für die Volksschule zu entwickeln.

Abstimmung

Der Kantonsrat beschliesst mit 92 : 76 Stimmen (bei 0 Enthaltungen), die Motion KR-Nr. 39/2024 zu überweisen. Das Geschäft geht an den Regierungsrat zur Ausarbeitung einer Vorlage mit Bericht und Antrag innert zwei Jahren.

Das Geschäft ist erledigt.